

**Prof. Dr. habil. Edeltraut Felfe**  
**Greifswald**

## WARUM ? FÜR WEN ? WOHIN ? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung

So heißt ein Sammelband mit Analysen und Berichten, Erfahrungen und Überlegungen von Landtagsabgeordneten der Linkspartei.PDS, von Kommunalpolitikern, Wissenschaftlern, Gewerkschaftlern und Aktiven von [`solid] im Nordosten.<sup>1</sup> Hans Modrow hat ein Geleitwort geschrieben. Die Publikation ist ohne Auftrag und Honorare und außerhalb von Strukturen als Diskussionsangebot sozusagen „von unten“, aber mit Unterstützung des Vereins Rosa-Luxemburg-Stiftung. Forum für politische und interkulturelle Bildung Mecklenburg-Vorpommern e.V. entstanden. Die RLS Berlin hat einen Druckkostenzuschuss gewährt. Zurzeit wird das Buch mit Mitgliedern und Sympathisanten der Partei und auch mit Mitgliedern der WASG im Land diskutiert: kontrovers, zustimmend, fragend. Fast einhellig aber mit dem Grundtenor: Gut, dass wir über diese Probleme reden. Es wird auch das Gespräch zu historischen Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen sozialistischer und kommunistischer Parteien und zu theoretischen Positionen und Grundfragen linker Politik gesucht und systematische hautnahe Bildungsarbeit der Linken vermisst.

Bisher hat sich der Landesvorstand der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern (MV) nicht zu einer Debatte mit Autorinnen und Autoren bereit gefunden, so können wir leider noch nicht aufgearbeitete und übergreifende Problemstellungen aus einer solchen Diskussion im Landesmaßstab, einbringen.

Ich begrüße aber unbedingt, dass nach zwei Regierungsperioden der PDS in MV und mehr als drei Jahren in Berlin stärker **Ergebnisse und Erfahrungen** in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Akteure der PDS, Wissenschaftler, IG/AGs, Publizisten in linken Medien hatten das nach den Wahlniederlagen der Partei in Sachsen-Anhalt und MV 2002 vergeblich vorgeschlagen und gefordert.<sup>2</sup>

Nun setzt die Chance, eine neue linke Partei in Deutschland zu schaffen, folgerichtig und *notwendig* Analyse und Diskussion von Praxis und Ergebnissen der PDS - Regierungsbeteiligungen auf die Tagesordnung. Vielleicht kann das zu mehr Wissenschaftlichkeit in der Politik beitragen und Theoriebildung in der Wissenschaft beginnt ebenfalls mit der Analyse der Wirklichkeit. Das Kriterium der Wahrheit ist wieder die Wirklichkeit.

Dass allerdings Ergebnisse von Regierungsbeteiligungen von Sozialisten sehr unterschiedlich wahrgenommen, dargestellt und gewertet werden, ist seit der ersten Regierungsteilhabe eines Sozialisten an einem bürgerlichen Kabinett (1899, Millerand in Frankreich) ein **Kernproblem** der Kontroversen unter Linken. Wir sollten über Ursachen dafür nachdenken und sprechen. Das könnte uns auch in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Schaffung einer neuen linken Partei weiterhelfen. Ausgangspunkt aber nicht hinreichend wäre die Erklärung, dass

---

<sup>1</sup> Hrsg: E.Felfe/E.Kischel/P.Kroh, GNN-Verlag, Schkeuditz 2005, 352 S. Das Buch ist vor zwei Monaten erschienen und bezieht sich auf die Zeit vor dem Namenswechsel der PDS. Im Folgenden referiere ich Ergebnisse aus dieser Publikation.

<sup>2</sup> Vgl. ausführlich E.Felfe: Höchste Zeit, zu sehen, was ist, in: Mitteilungen der KPF, 8/2002

die Wahrnehmung empirischer Tatsachen mit Interessen und der eigenen Praxis in der Gesellschaft zusammenhängt.<sup>3</sup>

## I.

Thema dieses Panels sind also Ergebnisse beim Mitregieren der PDS in Berlin und MV. Dabei **hängt die Wertung von Ergebnissen von den Maßstäben ab**, die wir an Regierungsbeteiligungen von Sozialisten anlegen.

Wir sind in unserem oben erwähnten Sammelband von Zielen der Partei ausgegangen, wie sie im geltenden Parteiprogramm verankert sind. Ich verkürze: Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass „die Politik zunehmend den Interessen der einflussreichsten Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmen unterworfen wird“. Also die gegenwärtigen Lebensbedingungen des Großteils der Menschen sollen verbessert werden. Und: „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen.“<sup>4</sup> Dies letztere wohlgerne nicht als Tagesaufgabe aber dennoch als wesentliche Richtschnur auch des täglichen Handelns. Das ist eine Spezifik der Partei, die in das Bemühen um ein sehr breit und pluralistisch angelegtes Bündnis aller sozialen und politischen Kräfte, die unter dem Marktradikalismus leiden, die ihn zurückdrängen wollen, einzubringen ist.

Dieses über den Kapitalismus hinausweisende *Ziel* ist auch in dem „strategischen Dreieck“ der PDS benannt. Es unterscheidet uns - zugleich als ein *Kriterium* bei der Bewertung der Regierungsbeteiligung von Sozialisten – trennt uns aber nicht von jenen Mitstreitern, für die antikapitalistische Aufklärung und Perspektive nicht Kern ihrer Zielstellungen sind, sondern die davon ausgehen, unter den gegenwärtigen weltweiten Macht – und Kräfteverhältnissen wieder zu einem Keynesianischen Sozialstaat mit seinem institutionalisierten Klassenkompromiss zurückkehren zu können.

Noch etwas zum Stellenwert dieses Maßstabes:

Auch wenn wir unserer politischen Praxis eine antikapitalistische Zielrichtung zugrunde legen, gehen wir davon aus, dass zur Zeit keine Mehrheiten der objektiv daran Interessierten für eine sozialistische Perspektive gewonnen und mobilisiert werden können. Eine notwendige demokratische Änderung des Kräfteverhältnisses wird erst im Widerstand gegen neoliberale Hegemonie und Marktradikalismus zu schaffen sein.

**Deshalb legen wir zunächst zwei u.E. wichtige und praktikable Maßstäbe an, um Ergebnisse von Regierungsbeteiligungen der PDS zu werten:**

### 1.

leisten sie ihren spezifischen Beitrag, Wesentliches der täglichen Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zumindest in Ansätzen erlebbar zu verbessern ? und

### 2.

helfen sie, gegen Kapitalherrschaft, Sozialabbau, Militarisierung, autoritäres und neofaschistisches Gedankengut und gegen geistig-psychologische Unterwerfung der Benachteiligten aufzuklären, Kräfte in Widerspruch und Widerstand zu bündeln und neoliberale Hegemonie aufzubrechen?

---

<sup>3</sup> Sehr anregend: Frigga Haug: Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Empirie bei Rosa Luxemburg, in: Th. Bergmann/W.Haible (Hrsg.) : Reform- Demokratie-Revolution, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/97

<sup>4</sup> Programm, Oktober 2003, Disput 11/03, S.22

Und weil wir an diesen Kriterien messen, *also Mindestziele und Mindestanforderungen an sozialistische Regierungsteilhabe stellen*, haben wir unser Augenmerk auf gegenwärtige konkret-historische Bedingungen und ihre Relevanz fürs Mitregieren der PDS in MV gerichtet. Denn aus diesen **Rahmenbedingungen** werden zunächst Möglichkeiten aber auch objektive Grenzen, angestrebte Veränderungen durch Regierungsbeteiligung der Linken in einem Bundesland erreichen zu können, deutlich.

Dabei sind AutorInnen unseres Sammelbandes ( es wurden keine Konsensbeiträge angestrebt und vorgelegt) zu dem **Ergebnis** gekommen, dass gesamtgesellschaftliche Kapitalherrschaft in neuer Dimension, marktdiktierte Transformationsprozesse der bürgerlichen Staatsmacht, weitere neoliberale Ausrichtung von EU- und Bundespolitik, die weitgehende Unterwerfung der Gewerkschaftsführungen unter diesen Kurs und fehlende Mobilisierung von Gegenkräften sowie landesspezifische Bedingungen in MV, (wie die unbedingte Befolgung der neoliberalen Ausrichtung der SPD-Bundespolitik durch die Führung der SPD im Land) *ein solches Kräfteverhältnis bestimmen, das einen Politikwechsel, weg von neoliberaler Gesellschaftsentwicklung, oder gar die Etablierung eines linkssozialistischen Transformationsprojekts durch Regierungsbeteiligung der PDS, gegenwärtig nicht zulässt.* Und dies trotz enormer Anstrengungen der Ministerin und der Minister, entsprechender Aktivitäten aus der Fraktion und dem Einsatz vieler auf allen Ebenen.

Mit dieser Aussage unterscheiden wir uns von Studien zur Regierungsbeteiligung in MV und Berlin<sup>5</sup>, in denen gegenwärtige Regierungsteilhabe in Bundesländern in Strategien von „modernen Reformalternativen“ oder „neuen Entwicklungspfaden“ etc. eingeordnet wird.

Wir unterstellen jedoch nicht, dass man in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung grundsätzlich und in allen Bereichen nur neoliberale Politik machen *könnte*. Joachim Bischoff u.a. machen darauf aufmerksam, dass viele linke KritikerInnen des Neoliberalismus diese Position vertreten.<sup>6</sup> In unserem Sammelband werden hingegen detaillierte Untersuchungen auf einzelnen Politikfeldern angestrengt, die ein differenziertes Bild ergeben.

Aus der - wie wir meinen - notwendigen Auseinandersetzung mit Rahmenbedingungen fürs Mitregieren ist uns aber auch diese Schlussfolgerung wichtig:

Gerade in Regierungsverantwortung in einem Bundesland wie MV muss die Linke, ausgehend von einer Analyse des Möglichen, stärker auf *bundespolitischen, europaweiten und globalen außerparlamentarischen Kampf* gegen neoliberale geistige Herrschaft/ Führung und Politik orientieren und sich dort einbringen.

Übrigens:

Wurden anfangs (1998) die Rahmenbedingungen fürs Mitregieren in der Partei noch diskutiert, so wurden z.B. auf dem Landesparteitag 2002 die erheblich verschlechterten Bedingungen für eine neue Regierungsbeteiligung kaum noch thematisiert. Damit korrespondiert auch, dass früher in der Partei noch öfter über „Schmerzgrenzen“ und das „Ende der Fahnenstange“, also über die Option der Beendigung der Koalition, gesprochen wurde, nun aber häufiger zu hören ist, dass man die „nicht so einfach bestimmen“ könne.

Unsers Erachtens kommt in der zunehmenden Preisgabe und Aufweichung von Maßstäben für eine sozialistische Regierungsbeteiligung eine Anpassungstendenz an den neoliberalen

---

<sup>5</sup> Vgl. u.a. F.Berg/T.Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Hrsg. von RLS, Berlin 2000; R.Reißig: Mitregieren in Berlin, RLS, Bd 22, Berlin 2005

<sup>6</sup> Vgl. J.Bischoff/H.Hüning: Die antikapitalistische Linke und Regierungsbeteiligungen, in: Sozialismus, 2/2006, S.11

Zeitgeist zum Ausdruck. Regierungsteilhabe um jeden Preis verkommt dann zum Dogma und kostet die Partei vor allem Glaubwürdigkeit.

Und sollte die Bewahrung von **Glaubwürdigkeit** nicht sogar ein 3. Maßstab sein, an dem wir Für und Wider der Regierungsbeteiligung werten? Zugegeben – schwer messbar - aber die Auseinandersetzung darum könnte uns produktiv weiterbringen.

Bei Fragen und Vorbehalten aus der WASG zur Regierungsbeteiligung in Berlin und MV spielen *notwendige* Bedingungen für eine gegenwärtige Regierungsbeteiligung<sup>7</sup> und auch *Glaubwürdigkeit* wieder eine wichtige Rolle. Oskar Lafontaine hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht.<sup>8</sup>

## II.

Auf der Grundlage der hier kurz umrissenen Maßstäbe oder Kriterien für die Wertung von Ergebnissen der Regierungsbeteiligung haben wir zur **alltäglichen Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung** eingeschätzt:

Als Erfolg stehen zu Buche:

manche Verbesserung oder ein Stop des Sozialabbaus für bestimmte Bevölkerungsgruppen und Zeiträume, was unter den gegebenen Bedingungen hoch einzuschätzen ist: So u.a. die weitere Sicherung von 600 Jugend- und Schulsozialarbeiterstellen in Kofinanzierung mit Kommunen, die Erhaltung der Krankenhausstandorte und des Landesblindengeldes, die Einführung eines Landespflegegeldes, mit dem Mehrausgaben von Pflegebedürftigen in Heimen gemildert werden, die Aufrechterhaltung von Landesprogrammen in sozio-kulturellen Bereichen, das Kindertagesstättenförderungsgesetz und die Verlängerung gemeinsamer Schulzeit auf 6 Jahre, ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken. Hierher gehören auch der konsequente Kampf gegen das Bombodrom in der Kyritzer Heide/Müritz und Konversionspartnerschaften von Regierung und Kommunen, wo die Bundeswehr Standorte räumt.

*Wir meinen, dass im Schutz der natürlichen Umwelt und möglicherweise im Ringen um mehr Chancengleichheit in der frühkindlichen und in der Schulbildung marktbestimmte Entwicklungen im Land aufgehalten werden können.*

Die Praxis lehrt aber auch: Alle Erfolge in der Gesetzgebung müssen, zumal wenn sie gegen Interessen der Herrschenden verstoßen, im täglichen Einsatz gegen Geldnot, die Macht des Faktischen und Manipulierung durch die Herrschenden, in ihrer gewollten Wirkung erst umgesetzt und verteidigt und immer aufs neue errungen werden. So hat der demokratische Akt der Herabsetzung des kommunalen Wahlrechts auf 16 Jahre nicht dazu geführt, dass tatsächlich mehr Jugendliche gewählt haben. Sie meinten, damit doch nichts zum Besseren wenden zu können. Rechtsextreme haben indessen gerade unter Jugendlichen enormen Zulauf bekommen. Das Kindertagesstättenförderungsgesetz für mehr frühkindliche Bildung hat nach Einschätzung der GEW in MV dazu beigetragen, dass nach ihrer Berechnung nur noch 16 % aller KITA-Angestellten tariflich bezahlt werden, was sich in der Folge auch nachteilig auf die angestrebte höhere Qualität der Arbeit auswirken würde.<sup>9</sup> Sicher ist das differenziert und abhängig von der Trägerschaft und der jeweiligen Finanznot der Kommunen. Vielerorts kommen infolge der Art und Weise der Umsetzung des Gesetzes erhöhte Kosten für Eltern hinzu. Schließlich wurden vor wenigen Tagen durch eine förmliche Änderung des

---

<sup>7</sup> Vgl. Klaus Ernst über die Sinnhaftigkeit von Regierungsbeteiligungen „ohne eigentlichen Gestaltungsspielraum“, Junge Welt, 11.1.06; bekannte Diskussionen um notwendige Voraussetzungen für Regierungsbeteiligungen im Bund.

<sup>8</sup> Rede auf der Luxemburg-Konferenz am 13.1.06 in Berlin, Junge Welt, 20.1.06

<sup>9</sup> Vgl. Ostseezeitung v. 30.1.06

Landeshochschulgesetzes durch die Regierungsfractionen früher errungene Positionen für mehr Selbstbestimmung an den Hochschulen rückgängig gemacht. Veränderungen im Kleinen, Täglichen, in Regierungsbeteiligung wie in parlamentarischer Opposition errungen, brauchen *grundlegende Umwälzungen* in der Gesellschaft, wenn sie Bestand haben sollen. Auch das ein Fazit.

Auf der anderen Seite der Bilanz steht:

*Durch die Regierungsbeteiligung der PDS seit 1998 konnten für die wachsende Zahl der gesellschaftlich Benachteiligten und Ausgestoßenen in MV in den für sie wichtigsten Bereichen des Lebens die negativen Bundestrends und spezifische Nachteile in diesem Bundesland nicht aufgehalten werden.*

Die Arbeitslosigkeit ist konstant die höchste oder nächsthöchste im Bund, Niedriglohn, die zunehmende Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse, Auflösung der Tarifgebundenheit, niedrigste Einkommen und Vermögen und längste Arbeitszeiten im Bund kennzeichnen den höchsten Ausbeutungsgrad. Privatisierungen auch in der Daseinsvorsorge, im Bildungsbereich, von Wasserwerken und Krankenhäusern etc. sind an der Tagesordnung. Immer weniger Wohnungen zu niedrigen Mieten, Aufhebung von Mietpreisbindungen, steigende Preise und Gebühren für soziale und kulturelle Leistungen, massenhafte Abwanderung vor allem junger Menschen, wachsende Armut und Überschuldung von Familien und Kindern, wachsende Finanznot der Kommunen und damit einhergehende Einschränkung von Selbstverwaltung und realer Mitwirkung der Bürger in ihrem Interesse sind Realität in MV und kein Vorwurf an GenossInnen in der Regierung. (Zur Kommunalpolitik und zum Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden Autoren unseres Sammelbandes Ergebnisse ihrer Arbeit vortragen.)

In der zweiten Regierungszeit wurden Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag auf massiven Druck der SPD, aber letztlich im Einvernehmen beider Partner, aufgehoben, so u.a. die Verhinderung der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe, die Einrichtung einer Anti-Hartz-Kommission, die Mindestfinanzgarantie für die Kommunen und ein Tariftreuegesetz.

Im Kampf gegen **Arbeitslosigkeit** und die weitere Verschlechterung der Lage der Erwerbstätigen als einem Kern der Politik der Linken sammeln sich Grundprobleme der Regierungsbeteiligung wie in einem Brennglas:

Die gleichbleibend hohe Arbeitslosigkeit in MV konnte u.E. objektiv durch die Regierungsteilhabe der PDS und ihren Arbeitsminister nicht gesenkt werden. Sie ist auch und gerade in MV ein politisches Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft geworden, eine *Rahmenbedingung* für jegliche Landesregierung. Von der Bundesagentur für Arbeit wurden für die aktive Arbeitsmarktpolitik in MV 2005 36,4 % finanzielle Mittel weniger ausgegeben als 1998.<sup>10</sup>

In welchem hohem Maße jedoch in MV auch die Landespolitik vom Neoliberalismus betroffen ist, wird aus Folgendem deutlich: Wurden im Rahmen des Landesplans AQMV 2000 noch 42,7 % der ESF-Mittel für den 2. Arbeitsmarkt eingesetzt, so waren es im Rahmen des entsprechenden Nachfolgeplans (ASP) 2002 nur noch 22,8%. Für den 1. Arbeitsmarkt hingegen wurde der Einsatz um 19,3% Prozentpunkte erhöht.<sup>11</sup> Der Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen wurde dadurch aber nicht aufgehalten.

Und gegenwärtig wehrt sich der DGB Nord dagegen, dass durch die Landesregierung noch weiter verstärkt EU-Fördergelder zu Lasten des 2. Arbeitsmarktes in „die Wirtschaft“ fließen,

<sup>10</sup> Ausführlich und Statistik in: Warum? Für Wen? Wohin? a.a.O., s. 17 ff, 111 ff.

<sup>11</sup> Ministerium für Arbeit und Bau, Schwerin, 22.6.2005

ohne die Situation der Arbeitslosen und Erwerbsabhängigen zu verbessern.<sup>12</sup> Die von der PDS geforderten und schließlich durchgesetzten Änderungen der Förderrichtlinien sind erfolglos geblieben. Trotz Neuansiedlungen wurden Arbeitsplätze ebenso wie Tarifbindungen abgebaut.

Zugleich administriert der Arbeitsminister der Linkspartei.PDS die Umsetzung der grundgesetzwidrigen Hartz-IV-Gesetzgebung. Und die Öffentlichkeit wird darüber informiert, dass in MV mit Unterstützung des Arbeitsministers staatlich subventionierte Niedrig-Lohn-Modelle erprobt werden, weil das noch immer billiger als die Kosten für das ALG II wäre.<sup>13</sup> Das verstößt direkt gegen Festlegungen im Koalitionsvertrag von 2002, Pkt.61 - und der Mensch wird vor allem ein Kostenfaktor, und in neoliberaler Manier müssen Kosten gesenkt werden.

### III.

Wenden wir uns dem **zweiten Maßstab** zu, an dem wir Ergebnisse der Regierungsbeteiligung in MV gemessen und gewertet haben:

Hat sie bisher dazu beigetragen, **neoliberale geistige und sozialpsychologische Herrschaft und Führung der Gesellschaft**, Einbindung und Unterwerfung der Benachteiligten unter die Sichtweise und Definitionshoheit des Marktradikalismus **aufzubrechen**? Hat sie zur Mobilisierung von Widerspruch und Widerstand aus der Gesellschaft heraus beigetragen?

Da wären zunächst **Auswirkungen der Regierungsbeteiligung auf die Partei selbst** zu bedenken. Dazu werden nachfolgend Erfahrungen der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS und der Sprecherin von [solid] MV vermittelt.

Für eine abnehmende Resonanz der Partei in der Bevölkerung sprechen bisher sämtliche **Wahlergebnisse** seit dem ersten Regierungsantritt 1998. Bei Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen seither hat die Partei bei zum Teil rapide abnehmender Wahlbeteiligung - abgesehen von der Ausnahmewahl im September vergangenen Jahres - durchgängig und z.T. erheblich, an Stimmen verloren. Bei der Landtagswahl 2002 nach der ersten Regierungsperiode waren es 8 Prozentpunkte zu 1998 und die Landtagsfraktion verlor 7 von vorher 20 Abgeordneten.

Vieles spricht dafür, dass die **außerparlamentarische Verankerung und Aktivität** der Partei – sicher örtlich, zeitlich und in verschiedenen Sachzusammenhängen differenziert – abgenommen hat und immer öfter Studenten, soziale und politische Initiativen, Gewerkschafter, gegen die Linke als Regierungspartei protestieren. Und gute Kontakte zu Vereinen und Verbänden, auch bei der Umsetzung von Hartz IV, verheißen ja nicht, Interessen der Arbeitslosen und Benachteiligten zu vertreten. Oder ist es so, wie R. Höppner, (Chef der SPD- Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, die von der PDS toleriert wurde) dem Regierenden von Berlin Klaus Wowereit riet: „Du hast die Wahl: Entweder hast du die PDS in der Verantwortung am Kabinettstisch oder du hast sie mit den protestierenden Gruppen auf der Straße. Letzteres kann viel unangenehmer sein...“<sup>14</sup>

Besser als früher ist es in MV gelungen, dass Fraktion und Landesvorstand der PDS eigenständige Positionen auch in Abgrenzung zum Koalitionspartner z.T. öffentlich wirksam vermitteln.

---

<sup>12</sup> Ostseezeitung, 19.1.06

<sup>13</sup> Ostseezeitung, 18.1.06

<sup>14</sup> Zit. bei B. Krause: Wir dachten wir wären an der Macht, dabei stellten wir nicht mal die Regierung, in: Warum? Für Wen?... a.a.O., S. 256

Aber gerade hier, wo es keine finanziellen Sachzwänge gibt, könnten in klug durchdachter und organisierter Arbeitsteilung Landesverband und Fraktion deutlich linke Positionen außerparlamentarisch und im Landtag artikulieren, zum *Protest mobilisieren* und so *Verhandlungspositionen der Partei in der Regierung stärken* und Druck auf die SPD ausüben. Die Erhaltung des Landesblindengeldes kam unter den Bedingungen der auch in MV starken Proteste auf der Straße gegen Hartz IV zustande.

Vielschichtige Ursachen für den Rückgang basisdemokratischer Aktivitäten, nachweisbare Zusammenhänge zwischen Regierungsbeteiligung und außerparlamentarischem Einsatz, konkretes Zusammenwirken von Bewegungen und Partei, wechselseitige Beförderung der spezifischen Aufgaben beider und der Gewerkschaften, objektive Grenzen aber auch unausgeschöpfte Möglichkeiten sind noch viel zu wenig empirisch aufgearbeitet und diskutiert. Für den Bildungsprozess einer neuen Linken in Deutschland ist das m.E. eine wichtige Aufgabe.

Bleiben wir noch bei dem Kriterium, ob und wie *Regierungsbeteiligung* dazu beiträgt, gegen neoliberalen Zeitgeist aufzuklären und Widerstand zu befördern.

Ist es zwingend, dass mit Regierungsteilnahme im gesamten *Landesverband* immer mehr vor einer **Kapitalismusanalyse und –kritik**, dem Zeitgeist gehorchend, zurückgeschreckt wird? Warum werden die im System liegenden Ursachen für unerreichbare Ziele, z.B. für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, nicht mit radikaler, an die Wurzel gehender öffentlicher Kapitalismuskritik verbunden?

Bekanntnisse von Linken, dass für das Land gut sei, was „der Wirtschaft nutzt“, widersprechen nicht nur der Wirklichkeit hier und heute, sondern sind und befördern neoliberales Denken. Mit diesen Positionen ist – ausgehend von landesspezifischen Bedingungen und notwendigen Differenzierungen - auf der Grundlage bewiesenen marxistischen Wissens die Auseinandersetzung zu führen. Oder sind Positionen, dass günstige Bedingungen für Kapitalverwertung auch in MV mehr Beschäftigung bringen, für ein gemeinsames Regierungsklima mit der marktdiktierter Standort-Politik der SPD notwendig?

Ebenso ist zu prüfen, ob Regierungspolitik dazu beiträgt, dass auch in der Partei **Privatisierungen von kommunalem Eigentum**, von Dienstleistungen und Daseinsvorsorge als Frage der Effektivität des Wirtschaftens definiert wird und nicht als direkte und nachhaltige neoliberale Vermarktung von menschlichen Grundbedürfnissen und Beziehungen und Ausverkauf demokratischer Regulierungsmöglichkeit und Selbstbestimmung?

Die Bundestagsfraktion der Linkspartei forderte in einem Beschluss, es dürfe keinerlei Privatisierungen öffentlichen Eigentums mehr geben.<sup>15</sup> Aufklärung und Einsatz gegen diese Privatisierungen in Gemeinden und Ländern bezeichnete Lafontaine als die Grundlinie für die neue Linke.<sup>16</sup>

Ich sehe hier einen direkten Zusammenhang zur eingangs genannten langfristig zu verfolgenden antikapitalistischen und über den Kapitalismus hinausweisenden Zielstellung aus dem geltenden Programm der PDS, deren Befolgung zugleich ein Kriterium zur Einschätzung von Regierungsbeteiligungen ist. Denn unter den gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnissen und den verschiedenen Varianten marktdiktierter privatisierter Staatlichkeit ist der Kampf gegen weitere Privatisierungen objektiv antikapitalistisch, weil Neoliberalismus *die* Existenzweise des Kapitalismus geworden ist.

---

<sup>15</sup> Vgl. WASG, Newsletter 3, 28.1.06

<sup>16</sup> Rede auf der Luxemburg-Konferenz, a.a.O.

Nach meiner Erfahrung ist unter dem allgegenwärtigen Druck neoliberalen Gedankenguts in allen gesellschaftlichen Bereichen, geistige Gegenwehr, grundlegendes alternatives öffentliches Denken und daraus Entwicklung von Protest und Widerstand im alltäglichen Agieren der PDS vielfach müder geworden, wird oft als unangenehm und unmodern abgetan und ist unter dem Hinweis auf „Sachzwänge“ und „Erwartungen der Bürger zur Lösung ihrer Probleme“ schließlich mehr und mehr hinter dem, was notwendig wäre, zurückgeblieben. Dass zumindest die Art und Weise der Regierungsbeteiligung dazu beigetragen hat, ist m.E. unstrittig. Empirisch aufgearbeitet ist allerdings nicht, in welchem Ausmaß und was auch in dieser Konstellation anders sein könnte.

### III.

Abschließend komme ich zu einem **Fazit** aus der vorgelegten Publikation, das die HerausgeberIn mit differenzierter Zustimmung weiterer AutorInnen und Autoren auf der Grundlage der o.g. Maßstäbe und nach Abwägen von Für und Wider gezogen haben: *Ein „Weiter so“ darf es nicht geben, wenn die Partei ihr Veränderungspotenzial erhalten und entwickeln will.* Da sind wir in der Bewertung nicht zurückhaltend und nicht so zurückhaltend wie andere Studien zur Regierungspraxis der PDS, wie angenommen wird.<sup>17</sup>

In den Wahlkampf zur Landtagswahl im September in MV sollte ohne jegliche Koalitionsaussage gegangen werden. Chancen, linke Potenziale zu bündeln, mit Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen und anderen Bewegungen und Initiativen gemeinsam für eine starke parlamentarische Interessenvertretung der Benachteiligten zu wirken, dürfen bei allen Differenzen nicht vertan werden. Hier tragen Linkspartei.PDS und WASG gleichermaßen Verantwortung.

Linke sollten nicht wie jede andere, wie jede *systemtragende* Partei, nach Mechanismen und Spielregeln der Herrschenden auf dem Wählermarkt verkaufen und kaufen. Es wäre gut, wenn sie den humanistischen Anspruch leben würden, dass Frauen und Männer zunehmend selbst und solidarisch und mit Gewählten gemeinsam für ihre Interessen streiten müssen. Dann wäre den Bürgern zu sagen, dass eine Stimme für die Linken wichtig, aber nicht ausreichend ist, die Dinge zum Besseren zu wenden und dass dies eine Grunderfahrung nach 8 Jahren Mitregieren ist.

Podiumsbeitrag auf dem Forum „Die Linke in Regierungsverantwortung – Analysen, Erfahrungen, Kontroversen“ der RLS  
am 4.2.06 in Berlin

---

<sup>17</sup> Vgl. J.Bischoff/H.Hüning: Die antikapitalistische Linke..., a.a.O., S.7